

## Dem Gemeinwesen ‚Bundesrepublik‘ eine intellektuell begründete Richtung geben

Zum 100. Geburtstag des protestantischen Intellektuellen Georg Picht

*Silvio Reichelt*

Nachdem die deutsche Zeitgeschichtsschreibung sich lange vor allem an den beiden deutschen Diktaturen abgearbeitet hatte, stößt seit einigen Jahren auch die ‚alte Bundesrepublik‘ auf ein wachsendes historiographisches Interesse. Die bis in die jüngste Vergangenheit angebotenen Deutungen der westdeutschen Geschichte als Erfolgs-, Ankunfts- oder Wundererzählungen beschränken sich jedoch meist auf die Phänomene des Wandels, indem sie beispielsweise die wirtschaftliche Entwicklung oder die Institutionengeschichte in den Blick nehmen. Der Aufbau einer Staats- und Gesellschaftsordnung ist aber nicht nur eine Frage verfassungsrechtlicher Grundlegung und institutioneller Erneuerung, sondern umfasst auch den Bereich des politischen Bewusstseins. Die kulturell-ideelle Prägung bleibt in der bisher eingenommenen Perspektive jedoch oft unhinterfragt. Hierbei geht es auch um die Frage, wer dem sich konstituierenden Gemeinwesen ‚Bundesrepublik‘ eine intellektuell begründete Richtung gab.

Antworten auf diese Frage liefert die ‚Intellectual History‘, die sich dem Wandel von Ideen widmet, die starken Einfluss auf politische Praxen ausüben. Ideen sind demzufolge keine abstrakten Geistesgebilde, sondern sie sind stets bezogen auf gesellschaftliche Kontexte. Ideenbildung und Sinndeutung sind die Kernaufgaben eines „Idealtypus des Gelehrten- Intellektuellen“ in einer säkularisierten und pluralisierungsfähigen Gesellschaft und an ihrer Geschichte lässt sich der Strukturwandel politischer Öffentlichkeit ablesen.<sup>1</sup> Die Ideengeschichte der alten Bundesrepublik ist immer auch eine Geschichte bestimmter Netzwerke oder Gruppen gewesen.<sup>2</sup> Von dieser These ausgehend, kann die intellektuelle Gründungsgeschichte der Bundesrepublik in drei zeitversetzte Phasen unterschieden werden, für die jeweils stellvertretend die literarische Bewegung der 50er Jahre mit der Gruppe 47, die oftmals mit dem bösen Wort von der ‚Protestantischen Mafia‘ belegte protestantisch-liberale Elitenbewegung um 1960 und die mit den kritischen Sozialtheorien sowie den neomarxistischen Geschichtsphilosophien verbundenen 68er stehen. Während die erste und die letzte Phase zumindest ansatzweise die Beachtung der Zeitgeschichtsforschung gefunden hat,<sup>3</sup> besteht zu der um 1960 wirkungsmächtig gewordenen Gruppe protestan-

---

<sup>1</sup> Gangolf Hübinger, *Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte*, Göttingen 2006, 10f.

<sup>2</sup> Vgl. die jüngst erschienene Habilitationsschrift von Friedrich Kießling, *Die undeutschen Deutschen. Eine ideengeschichtliche Archäologie der alten Bundesrepublik 1945-72*, Paderborn u.a. 2012.

<sup>3</sup> Siehe beispielsweise: Clemens Albrecht, *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik: Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt a.M. 1999; Ingrid Gilcher-Holtey, *„Askese*

tischer Intellektueller noch erheblicher Forschungsbedarf.<sup>4</sup> Die biographischen Jubiläen von drei eng miteinander befreundeten Zentralfiguren dieser Elitenbewegung – der 100. Geburtstag Carl Friedrich von Weizsäcker im Jahr 2012 sowie der 100. Geburtstag Hellmut Beckers und Georg Pichts im Jahr 2013 – rückten diese zumindest in den feuilletonistischen Fokus.<sup>5</sup> Die Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), die langjährige Wirkungsstätte Georg Pichts, widmete ihrem ersten Leiter außerdem eine wissenschaftliche Tagung.<sup>6</sup>

Vorliegender Beitrag schließt hieran an und zeigt die Rolle Georg Pichts in einem bisher wenig beachteten Netzwerk profilierter protestantischer Persönlichkeiten, von dem entscheidende Impulse für die Ideengeschichte der frühen Bundesrepublik ausgingen. Anhand der Politikfelder ‚Bildung‘ sowie ‚Außen- und Sicherheitspolitik‘ soll exemplarisch veranschaulicht werden, wie Georg Picht im Zusammenspiel mit weiteren führenden Köpfen des protestantisch-liberalen Reformmilieus Veränderungen zunächst im eigenen konfessionellen Lager anstieß und damit schließlich entscheidende Weichen für die gesamte bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft stellte. Anhand des Untersuchungsgegenstandes wird dabei deutlich, dass eine Analyse der Transformation von politischen Einstellungsdispositionen im westdeutschen Nachkriegsprotestantismus nicht primär an Kirche und Theologie rückgebunden werden kann, sondern in diese vor allem sozial- und gesellschaftsgeschichtliche Fragen einzubeziehen sind. Auf der Basis dieses Forschungszugriffs stellt sich im vorliegenden Fall zunächst die systematische Frage nach den Entstehungsbedingungen der Ideenproduktion im Spannungsfeld zwischen konfessionellem Bewußtsein und säkularem Charakter wissenschaftlicher und politischer Arbeit. Darüber hinaus sollen jedoch auch historische Fragestellungen nach den von Picht und seinen Mitstreitern praktizierten Durchsetzungsstrategien mitverhandelt werden.

---

schreiben, schreib Askese‘. Zur Rolle der Gruppe 47 in der politischen Kultur der Nachkriegszeit, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 2000, 134-167.

<sup>4</sup> Die kirchliche Zeitgeschichtsforschung ist sich dieser historiographischen Leerstelle durchaus bewußt. Anselm Doering-Manteuffel beendet seine „Seitenblicke auf den westdeutschen Protestantismus nach 1945“ mit der Feststellung, dieser konfessionelle Komplex sei noch nicht genügend erschlossen worden und schließt mit der Aufforderung: „Hier gibt es viel zu tun!“ – Anselm Doering-Manteuffel: Verstrickung und Verdrängung. Seitenblicke auf den westdeutschen Protestantismus nach 1945, in: Tobias Sarx u.a. (Hgg.), Protestantismus und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte von Kirche und Diakonie im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2013, 281-293, hier 291; Harry Oelke sieht in der Erforschung der damit verbundenen Transformation politischer Einstellungsdispositionen im evangelischen Raum „eine der anstehenden drängenden Aufgaben der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung“. – Harry Oelke, Protestantische Begeisterung für Hitler – und was daraus wurde. Transformationen der politischen Einstellungen im deutschen Protestantismus, in: Irmfried Garbe (Hg.), Kirche im Profanen. Studien zum Verhältnis von Profanität und Kirche im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2009, 283-308, hier 308.

<sup>5</sup> Pars pro toto: Heike Schmolls Charakterisierung von Picht und Becker als „Spinnen im wirkungsvollen Netz“ in: Eine deutsche Bildungskatastrophe, FAZ vom 29.07.2013

<sup>6</sup> Die Beiträge der Tagung werden, ergänzt um weitere Aufsätze, 2014 in einem Tagungsband vorliegen.

## Georg Picht und die Genese eines Netzwerks protestantischer Intellektueller

Georg Picht gehört zu den führenden Köpfen einer intellektuellen Elitengruppe der frühen Bundesrepublik, die bereits von Zeitgenossen ironisch als ‚Protestantische Mafia‘ bezeichnet worden ist.<sup>7</sup> Diese Gruppe angesehener evangelischer Persönlichkeiten entstammte einem generationenübergreifenden Beziehungsgeflecht bildungsbürgerlicher und adliger Familien, einem ‚Verwandtschaftsknäuel des deutschen Geistes‘. Neben den drei bereits genannten Zentralfiguren gehören beispielsweise auch der WDR-Intendant Klaus von Bismarck, die Zeit-Mitarbeiterin Marion Gräfin von Dönhoff, der erste Vorsitzende des Wissenschaftsrates Ludwig Raiser und der Vertreter der evangelischen Kirchen bei der Bundesregierung Hermann Kunst zu diesem „sowohl biographisch als auch milieuspezifisch denkbar fest geknüpftes Netzwerk“<sup>8</sup>, dessen Wurzeln oftmals in die Eltern- und Großelterngeneration zurückreichen. Hierin unterscheidet es sich von anderen intellektuellen Einflussgruppen der frühen Bundesrepublik, denn die Vernetzungen leiteten sich nicht erst aus individuellen beruflichen Höchstleistungen oder Aufgaben von Spitzenpositionen ab, sondern waren diesen bereits vorgelagert.<sup>9</sup> Der damit verbundene Konspirationsvorwurf führte schließlich zum bösen Wort von der ‚Protestantischen Mafia‘.

Auch Pichts Zugehörigkeit zu dieser Gruppe erklärt sich zunächst aus seiner Herkunft. Picht stammte aus dem deutschen Bildungsadel. Sein Urgroßvater Ernst Curtius leitete die archäologischen Grabungen in Olympia, ein Großvater war Kirchenpräsident im Elsass und der Onkel Ernst Robert Curtius zählt zu den bedeutendsten Romanisten seiner Zeit. Mit Carl Friedrich von Weizsäcker war er weitläufig verwandt und die Beziehung zu Hellmut Becker erbte er von seinem Vater, der in den frühen 20er Jahren für das Referat für Erwachsenenbildung im preußischen Kultusministerium unter der Leitung von Hellmut Beckers Vater Carl Heinrich Becker verantwortlich gewesen war. Aufgrund ihrer familiären Herkunft und milieuspezifischen Prägung war den ‚Netzwerkern‘ quasi qua Geburt eine Zugehörigkeit zu den tonangebenden gesellschaftlichen Eliten einer Nation gewiß, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein preußisch-protestantisch grundiert war. Als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Teilung mussten die Einflussfelder dieser protestantischen Bildungs- und Kultureliten jedoch neu vermessen werden. Dies lag zunächst an deren mehrheitlich obrigkeitsstaatlichen Vorstellungen der Zeit vor 1945 und den daraus resultierenden vielseitigen Verstrickungen in die deutsche Schuld. Aus diesen „verschwiegenen Winkeln protestantischer Vergangenheitspolitik“ heraus wurden, in einer Einschätzung Anselm Doering-Manteuffels, „Macht, Einfluss und sozialkulturelle Geltung im westlichen Nachkriegsdeutschland neu formatiert.“<sup>10</sup> Während

---

<sup>7</sup> Exemplarisch hierfür steht die Bucerus-Biographie von Ralf Dahrendorf. Der neben Georg Picht in den 60er Jahren prominenteste Streiter für eine grundlegende Bildungsreform griff diese semantische Zuschreibung noch einmal rückblickend auf. Siehe Ralf Dahrendorf, *Liberal und unabhängig*. Gerd Bucerus und seine Zeit, München 2000, 162.

<sup>8</sup> Doering-Manteuffel, *Verstrickung und Verdrängung* (wie Anm. 4), 289.

<sup>9</sup> Zu dieser Elitenformation vgl. Karl Ulrich Mayer, *Abschied von den Eliten*, in: Herfried Münkler, Grit Straßenberger und Matthias Bohlender (Hgg.), *Deutschlands Eliten im Wandel*, New York/Frankfurt a. M. 2006, 455-480, hier 457f.

<sup>10</sup> Doering-Manteuffel, *Verstrickung und Verdrängung* (wie Anm. 4), 283.

jedoch mit Carl Friedrich von Weizsäcker's Vater, dem vormaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ernst von Weizsäcker, ein führender Repräsentant dieser protestantischen Elite auf der Nürnberger Anklagebank saß und der 1937 in die NSDAP eingetretene Hellmut Becker als dessen Verteidiger fungierte, hatte Georg Picht sich konsequent gegen den Nationalsozialismus gestellt und die Jahre des Dritten Reichs in der inneren Emigration verbracht.

Während der Kriegsjahre war Picht aus gesundheitlichen Gründen vom Militärdienst befreit und als Assistent an der Universität Freiburg tätig. Nach Kriegsende entschied er sich jedoch gegen die Fortsetzung einer universitären Laufbahn, obwohl er als politisch unbelasteter Nachwuchswissenschaftler beste Voraussetzungen hierfür mitbrachte und die Freiburger Philosophische Fakultät ihn hierzu ermuntert hatte.<sup>11</sup> Der Gelehrte übernahm stattdessen für zehn Jahre die Leitung des Internatsgymnasiums Birklehof im Schwarzwald und dieses Engagement öffnete ihm einen Horizont für dessen Fähigkeit, sich von einer eher abstrakten philosophischen Gelehrsamkeit aus für konkrete kulturelle und gesellschaftliche Herausforderungen zu interessieren und kompetent mit ihnen umzugehen.<sup>12</sup> In seinem „Tagebuch eines Schulleiters“ notierte er später: *Der tiefste Antrieb, der Universität den Rücken zu kehren und eine Schule zu gründen, entsprang der Sehnsucht nach einer Form des Daseins, die mich nötigen sollte, die Wirklichkeit von Wort und Gedanken Tag für Tag in der Gestaltung des Lebens einer Gemeinschaft zu bewähren. Ich machte mich auf die Suche nach der Verbindlichkeit des Geistes.*<sup>13</sup>

Die Tätigkeit am Birklehof ebnete Picht den Weg in die Bildungspolitik der jungen Bundesrepublik. Enge Kontakte zu Minna Specht und der Odenwaldschule, zur Jesuitenschule St. Blasien, den Herrnhutern in Königfeld und der anthroposophischen Schule in Stuttgart hatten zunächst zur 1947 erfolgten Reaktivierung der „Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime“ geführt.<sup>14</sup> 1950 erhielt Georg Picht die Gelegenheit, auf Einladung seines Lebensfreundes Carl Friedrich von Weizsäcker auf dem Tübinger „Kongress über Fragen der studentischen Gemeinschaftserziehung und des Studium Generale“ über den Birklehof zu referieren. Im Jahr darauf fand ein weiterer Kongress in Tübingen statt, dessen Vorbereitungsausschuss Picht, von Weizsäcker und Hellmut Becker angehörten.<sup>15</sup> Letzterer hatte sich nach Kriegsende in Kressborn am Bodensee niedergelassen und auf die Rechtsberatung freier Schulen spezialisiert. Zu seinem ersten diesbezüglichen Klienten wurde Picht's Birklehof.<sup>16</sup> Die enge Zusammenarbeit der beiden beschränkte sich jedoch nicht auf das Feld der

---

<sup>11</sup> Picht hatte 1942 bis 1945 eine Lehrtätigkeit an der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg übernommen und war dort im Januar 1943 promoviert worden. Nähere Angaben hierzu in: Universitätsarchiv Freiburg, B3 / 650, Personalie Philosophische Fakultät.

<sup>12</sup> Zu Picht und dem Birklehof siehe Doris Knab, Das Landerziehungsheim Schule Birklehof, in: Bildung und Erziehung 4 (1987), 401-412; Teresa Löwe, Vom Birklehof zur Bildungsoffensive, in: Neue Sammlung 44 (2004), 517-528.

<sup>13</sup> Georg Picht, Aus dem Tagebuch eines Schulleiters, Frankfurter Heft 7 (1958), 500.

<sup>14</sup> Picht veröffentlichte hierzu einen programmatischen Text. Siehe Georg Picht, Die Idee der Landerziehungsheime, in: Merkur 27 (1950).

<sup>15</sup> Siehe hierzu die Korrespondenz von Hellmut Becker im Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (=GStAPKB), NL Hellmut Becker, Nr. 72.

<sup>16</sup> Vgl. Manuskript Beckers Vortrag „Verwaltete Schule“, gehalten auf der Erziehungs- und Schulkonferenz der Evangelischen Kirche in Westfalen am 31.10.1956 (Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStAPKB, NL Hellmut Becker, Nr. 194); Siehe auch: Hellmut Becker, Die freie Schule in Deutschland, in: Christ und Welt, 16.04.1959.

Jurisprudenz. Auch Becker verschrieb sich der Verbandsarbeit und gründete eine Arbeitsgemeinschaft der Privatschulverbände, in der unterschiedliche Freie Schulen mitwirkten.<sup>17</sup> Carl Friedrich von Weizsäcker war als Mitglied des „Hamburger Studienausschusses“ ebenfalls ein Akteur in der Bildungspolitik.<sup>18</sup> Über die Verbandsarbeit kamen die drei eng befreundeten Männer in Kontakt mit reformorientierten Köpfen aus Wissenschaft und Kultusbürokratie und die beiden Tübinger Kongresse sind das erste Beispiel für die konkrete bildungspolitische Zusammenarbeit eines Netzwerkes angesehener evangelischer Persönlichkeiten, das in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten Schlüsselpositionen im Modernisierungsprozess der Bundesrepublik besetzen sollte. Unterstützt wurde die Tübinger Initiative vom Leiter der Kulturabteilung im Bundesinnenministerium Erich Wende, der bereits als Ministerialbeamter unter dem Vater von Hellmut Becker, dem langjährigen preußischen Kultusminister der Weimarer Republik Carl Heinrich Becker, tätig war. Anhand dieser biographischen Schnittpunkte läßt sich exemplarisch zeigen, wie stark die bildungspolitischen Reformimpulse der Nachkriegszeit mit den protestantischen Elitezirkeln der Zwischenkriegszeit verbunden waren. Georg Picht verschafften diese Verbindungen einen wichtigen Startvorteil beim Einstieg in die Bildungspolitik und nicht zuletzt deshalb wurde er 1953 als jüngstes Mitglied in den von Wende initiierten zwanzig Köpfe zählenden „Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen“ berufen, dem er zehn Jahre lang angehörte.<sup>19</sup>

## Die 50er Jahre als Inkubationszeit des Netzwerkes

Die mit der Katastrophe des Dritten Reiches verbundene scharfe Zäsur der deutschen Geschichte führte nach 1945 innerhalb der protestantischen Eliten zur Abkehr von einer politischen Vorstellungswelt, die tendenziell vor- beziehungsweise undemokratisch war. Die in der Nachkriegszeit allmählich vollzogene Transformation dieser politischen Einstellungsdispositionen erfolgte jedoch nicht nur als Ergebnis des Zusammenbruchs der alten Ordnung, sondern auch unter dem Eindruck neuer konfessioneller Mehrheitsverhältnisse. Die ehemals tonangebenden protestantisch-preußischen Eliten sahen sich nun von der rheinisch-katholisch geprägten Adenauer-Republik herausgefordert und mussten ihre Stellung im beziehungsweise zum neuen Staat erst finden. Dies geschah nicht, wie in den Jahren der Weimarer Republik, in mentaler Distanz zur demokratischen Ordnung und deren Trägern. Die bedingungslo-

---

<sup>17</sup> Beckers Engagement galt nicht der Vielzahl der Freien Schulen in katholischer Trägerschaft, die durch traditionelle Erziehungsphilosophien geprägt waren, sondern den weniger zahlreichen ‚experimentellen‘ Schulen, die meistens an die Reformpädagogik des frühen 20. Jahrhunderts anknüpften und / oder in einer engen Verbindung zur evangelischen Kirche standen. Einen Überblick gibt die Festschrift für Minna Specht. Siehe: Hellmut Becker, *Erziehung und Bildung*. Minna Specht zu ihrem 80. Geburtstag, Frankfurt/M. 1960.

<sup>18</sup> Zur Zusammensetzung des Ausschusses vgl. Hermann Josef Rupieper, *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie: Der amerikanische Beitrag*, Darmstadt 1993, 138.

<sup>19</sup> Eine Liste aller Mitglieder, ihres Alters sowie der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Ausschuss abgebildet in: Klaus Hüffner, *Konjunkturen der Bildungspolitik in Deutschland*, Band 1, Stuttgart 1977, 112f.

se Affirmation des Status Quo kam für die Gruppe protestantischer Intellektueller um Georg Picht aber auch nicht in Frage. Sie verstanden sich vielmehr als ein geistiges Ferment der neuen Republik und versuchten, die Debatten um Veränderungs-, Anpassungs- und Modernisierungsprozesse in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft mitzubestimmen.

Zum wichtigsten Mittel des erhobenen Anspruchs auf Mitbestimmung wurde die Mitarbeit in zahlreichen Gremien, Ausschüssen und Sachverständigenräten, die den exzellent vernetzten protestantischen Intellektuellen die posthume feuilletonistische Zuschreibungen „Strippenzieher“<sup>20</sup> und „Spinnen im Netz“<sup>21</sup> eintrug. In den späten 50er Jahren gab es beispielsweise kaum ein bildungspolitisches Gremium, in dem der Jurist Hellmut Becker nicht Mitglied war.<sup>22</sup> Für Georg Picht wurde vor allem die Tätigkeit im Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen zum entscheidenden Ausgangspunkt für dessen Mitwirkung an der intellektuellen Gründung der Bundesrepublik. Beim Deutschen Ausschuss handelt es sich um ein stets auf seine Unabhängigkeit bedachtes Beratungsgremium der „Macht des Geistes“.<sup>23</sup> In ihn wurden überwiegend Persönlichkeiten berufen, die nicht unmittelbar in den politischen Betrieb der Bundesrepublik involviert waren und in dem die Beteiligten folglich meist unter sich blieben. In einem programmatischen Aufsatz für die Frankfurter Hefte macht Picht deutlich, worum es ihm bei seiner Mitarbeit ging. Der Gelehrte fordert darin eine Abkehr von obrigkeitstaatlichen Vorstellungen im Bildungsbereich und eine Orientierung an den *Grundsätzen des demokratischen Denkens* bei der Neukonstituierung des deutschen Bildungssystems der Nachkriegszeit.<sup>24</sup> Picht, der selbst von einem Privatlehrer unterrichtet worden war und noch bei der Übernahme der Leitung des Birklehofs 1946 die Überzeugung vertreten hatte, dass nur das humanistische Gymnasium die Vorschule aller akademischen Professionen sein könne, vollzog hier eine Kehrtwende. Ein wesentlicher Impuls hierfür kam aus dem „Ettlinger Kreis“, einer Industrielleninitiative um den Unternehmer Hans Freudenberg, zu der Georg Picht über Hellmut Becker Zugang erhalten hatte und durch die Picht unmittelbar mit den Herausforderungen des wissenschaftlich-technischen Zeitalters auf das Bildungssystem in Berührung gekommen war.<sup>25</sup> Im Ergebnis forderte der von

---

<sup>20</sup> Jan-Martin Wiarda, Der Strippenzieher, Die Zeit, 16.05.2013.

<sup>21</sup> Heike Schmall, Eine deutsche Bildungskatastrophe, FAZ, 29.07.2013 (wie Anm. 5).

<sup>22</sup> 1956 wurde Becker ehrenamtlicher Vorsitzender des Volkshochschulverbandes. Zum wichtigsten Gremium wurde jedoch der Deutsche Soziologenverband. 1959 stellte Becker auf dem Deutschen Soziologentag seine Vorstellungen einer Institutionalisierung der Bildungsforschung vor und erreichte damit schließlich die 1963 erfolgte Gründung des Instituts für Bildungsforschung an der Max-Planck-Gesellschaft, zu dessen Gründungsrektor er ernannt wurde. – Vgl. Hellmut Becker, Forderungen an unser Bildungssystem, in: Merkur 10 (1957); Hellmut Becker, Sozialforschung und Bildungspolitik, in: Soziologie und moderne Gesellschaft. Verhandlungen des vierzehnten deutschen Soziologentages, Stuttgart 1959, 191-206.

<sup>23</sup> Vgl. Wilfried Rudloff, Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren, in: Ders. und Stefan Fisch (Hgg.), Experten und Politik. Zur Geschichte der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland, Berlin 2004, 153-188, hier 160.

<sup>24</sup> Georg Picht, Universität und Schule, in: Frankfurter Hefte 1 (1952), 16-25, hier 16-18.

<sup>25</sup> Der Ettlinger Kreis hatte sich 1957 als unabhängige Initiative bildungspolitisch interessierter Unternehmer gegründet und übte in den ersten Jahren seiner Existenz eine ‚Trommlerfunktion‘ in der Bildungspolitik aus. Vgl. Dokumente Schriftverkehr zwischen Picht und dem Ettlinger Kreis, Bundesarchiv (=BA) Koblenz, N 1225, Nr. 49; Resümierendes Schreiben von Werner Freudenberg an Georg Picht vom 29.04.1970, BA Koblenz, N 1225, Nr. 220.

ihm federführend mitverfasste und 1959 vorgestellte „Rahmenplan des Deutschen Ausschusses“, das erste große bildungspolitische Reformkonzept der Nachkriegszeit, eine breitere Leistungsauslese und moderne Bildungsinhalte. Georg Picht wurde hierdurch zu einem prominenten Mahner einer demokratisch verfassten Wissensgesellschaft. An seinen Lebensfreund Carl Friedrich von Weizsäcker schrieb er: *Das ist wirklich ein Einschnitt in meiner Biographie und ich bin über das Ergebnis im Ganzen sehr glücklich. Aufs Große gesehen ist das Gutachten eine wirklich gelungene Synthese der Gedanken von Bohnenkamp und von mir.*<sup>26</sup> Der „Rahmenplan“ hielt an einem dreigliederten Schulsystem fest, schlug jedoch die Einführung einer Förderstufe in den Klassenstufen 5 und 6 sowie ein Kurssystem in der gymnasialen Oberstufe vor.<sup>27</sup>

Mit der Veröffentlichung des „Rahmenplans“ säte der Ausschuss einen Sturm der Entrüstung auf der Seite der an der Verteidigung von Standesinteressen interessierten Philologenverbände, des strukturkonservativen Bildungsbürgertums sowie katholischer Verteidiger eines konfessionell separierten Volksschulsystems. Picht schrieb an einen Ausschusskollegen: *Während wir bisher in einer Art Elfenbeinturm geruhsam unsere Pläne entwerfen konnten, sind wir nun mit überraschender Vehemenz auf die politische hohe See versetzt worden.* Die Veröffentlichung sei der Moment, in dem *die größte bisherige Krise den Ausschuss bedroht und seine ganze Existenz auf dem Spiel steht.*<sup>28</sup> Die Mitglieder des Gremiums standen vor der Wahl, sich in die Arena der Tagespolitik zu begeben und den „Rahmenplan“ offensiv zu verteidigen oder sich vornehm auf die Höhenlage des neutralen Expertengremiums zurückzuziehen. Angesichts dieser Alternativen ging ein Riß durch das Gremium. Von den zwanzig Mitgliedern bezogen nur wenige öffentlich Stellung und verteidigten den gemeinsam erarbeiteten Plan publizistisch.<sup>29</sup> Picht gehörte zu dieser kleinen Gruppe. Er wählte den offenen Schlagabtausch, indem er sich beispielsweise der Kritik in einem Zeitschriftenbeitrag über „Die Schulreform und ihre Gegner“ stellte und dort auf die Anforderungen einer *von Grund auf gewandelten Wirtschaft und Gesellschaft* hinwies. Die Reform der Schule sei unvermeidlich. Falls sich jedoch die Kräfte der Beharrung durchsetzen sollten, prophezeite er eine Revolution. Der „Rahmenplan“ sei hingegen *der letzte Versuch, auf dem Wege der Evolution eine Form zu finden, die den Anforderungen der neuen Zeit gerecht wird, ohne die großen Bildungstraditionen preiszugeben.*<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Picht an C.F. von Weizsäcker, 18.02.1959, BA Koblenz, N 1225, Nr. 9; Schematische Darstellung der beiden Konzepte sowie Synthese von 1957, BA Koblenz, N 1225, Nr. 258; Hans Bohnenkamp war Pädagogikprofessor in Osnabrück, von ihm stammte das Konzept der Förderstufe.

<sup>27</sup> Auf das Konto Pichts ging auch der Vorschlag, neben dem in der siebenten Klasse beginnenden regulären Gymnasium eine neunjährige Sonderform für besonders begabte Schüler zu etablieren. Sie entsprach den am Birklehof entwickelten Vorstellungen eines humanistischen Gymnasiums und Picht wollte hierdurch einen Teilbereich eines auf Elitenbildung angelegten Schulwesens in das von ihm als „nachbürgerlich“ apostrophierte Zeitalter retten. Vgl. Georg Picht, Der Aufbau der Höheren Schule, 1. Entwurf, 13.06.1957, BA Koblenz, N 1225, Nr. 265; Siehe auch: Georg Picht, Zehn Thesen über die höhere Schule, in: Frankfurter Hefte 12 (1958).

<sup>28</sup> Schreiben Picht an seinen Ausschuss-Kollegen Adolf Butenandt, 17.06.1959, BA Koblenz, N 1225, Nr. 259.

<sup>29</sup> Vgl. Bibliographie veröffentlichter Stellungnahmen zum Rahmenplan bis Dezember 1959, BA Koblenz, N 1225, Nr. 272.

<sup>30</sup> Georg Picht, Die Schulreform und ihre Gegner, in: Christ und Welt, 17.06.1959.

## Pichts FEST als politische Denkfabrik

Das sich mit den virulenten Reaktionen auf den Rahmenplan abzeichnende Scheitern des Deutschen Ausschusses bedeutete nicht das Ende von Georg Pichts politischer Arbeit, verschob jedoch deren Gravitationsfeld. Ein Jahr vor der Veröffentlichung des schulpolitischen Reformkonzepts war er zum Leiter der Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST ernannt worden, die aus einer Fusion der Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien Bad Boll und dem Christopherus-Stift in Hemer hervorgegangen war. Aus dem zunächst mit drei wissenschaftlichen Mitarbeitern vergleichsweise unbedeutenden kirchlichen Forschungsinstitut formte Picht eine einflussreiche evangelische Denkfabrik, die sich zu einem Ort interdisziplinärer Forschung in den Grenzbereichen zwischen Philosophie, Theologie, Natur- und Sozialwissenschaften entwickelte. Hier wurden unterschiedliche Diskursgemeinschaften und Wissensräume durch Erkenntnis- und Erfahrungstransfer zusammengebracht. Picht formulierte, es sei der legitime Auftrag der Kirche, inmitten einer der Wissenschaft verfallenen Welt durch Gründung eines Instituts wie der FEST so etwas wie den archimedischen Punkt zu suchen, von dem aus die umfassende Frage nach der Wissenschaft als solcher gestellt werden kann.<sup>31</sup>

In der Praxis ging die Relevanz der Heidelberger FEST weit über den von Picht formulierten Arbeitsauftrag der Grundlagenforschung hinaus und wurde für das protestantisch-liberale Reformmilieu vor allem als Ort der Begegnung und des Austauschs von Ideen bedeutsam. Ein Netzwerk im Sinne einer institutionell nicht verfestigten Gruppe hat kein Zentrum und keine Peripherie, sondern bildet sich um Knotenpunkte. Die Heidelberger FEST, eine in jenen Jahren „exklusive, von außen nicht jedermann zugängliche Kaderschmiede innerhalb des deutschen Protestantismus“<sup>32</sup>, entwickelte sich rasch zu solch einem Knotenpunkt. Es entstand das wichtigste funktionale Kraftzentrum der aus dem evangelischen Konfessionsmilieu stammenden Elitenbewegung. Die hier als wissenschaftliche Mitarbeiter, Mitwirkende der an der FEST angesiedelten Kommissionen oder Mitglieder des Kuratoriums Tätigen verstanden sich jedoch „weniger als Protestanten oder Synodale denn als Kirche in der Welt, deren Adressat die Gesellschaft war.“<sup>33</sup> Der evangelische Think Tank wurde, in Anlehnung an eine These des Soziologen Helmut Schelsky, zu einem Synonym für die Institutionalisierung der Dauerreflexion im westdeutschen Nachkriegsprotestantismus.<sup>34</sup> Die hier vorherrschenden Formen der Begegnung – das Gespräch und die Aussprache – überlagerten die Predigt, den Gesang oder das Gebet als traditionelle Formen der religiösen Kommunikation und mit der Verankerung dieser Kommunikationsformen als Reaktion auf die Veränderung von Öffentlichkeit spielte der Protes-

---

<sup>31</sup> Stellungnahme Picht vom 9.2.1963, gesendet an Hermann Kunst, EZA 742 / 154.

<sup>32</sup> Doering-Manteuffel, Verstrickung und Verdrängung (wie Anm. 4), 281-293.

<sup>33</sup> Thomas Heck, EKD und Entspannung. Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Bedeutung für die Neuformulierung der Ost- und Deutschlandpolitik bis 1969, Frankfurt am Main 1996, 136.

<sup>34</sup> Vgl. Helmut Schelsky, Ist Dauerreflexion institutionalisierbar? Zum Thema einer modernen Religionssoziologie, in: ZEE 1 (1957), 153-174.



tantismus „eine höchst innovative Rolle für die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur in der Bundesrepublik.“<sup>35</sup>

Die FEST steht jedoch nicht nur, wie etwa die Evangelischen Akademien und die Kirchentage, für einen kommunikativen Formenwandel, sondern für wissenschaftliche Grundlagenforschung, die hier von Georg Picht systematisch mit politischen Anwendungsmöglichkeiten verknüpft wurde. Seiner Meinung nach bedurften Politiker in der von ihm als wissenschaftlich-technisches Zeitalter apostrophierten Gegenwart *der Hilfe der wissenschaftlich geschulten Vernunft*.<sup>36</sup> Die Besetzung von Schlüsselpositionen im Modernisierungsprozess der Bundesrepublik durch Vertreter des protestantischen Intellektuellennetzwerkes war deshalb eng mit der Etablierung neuer Forschungseinrichtungen und Beratungsgremien verbunden, die von Mitwirkenden des Netzwerkes ins Leben gerufen oder geleitet wurden und neben der FEST weitere Knotenpunkte des intellektuellen Netzwerkes bildeten. Beispiele hierfür sind das unter der Leitung von Hellmut Becker 1963 gegründete „Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft“, der in den Jahren 1961-65 durch Ludwig Raiser übernommene Vorsitz des 1957 gegründeten *Wissenschaftsrats* und schließlich auch die von Carl Friedrich von Weizsäcker betriebene Gründung des Starnberger „Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen in der wissenschaftlich-technischen Welt“. Der Versuch von Georg Picht, Mitte der 70er Jahre ein interdisziplinäres Zentrum für Naturphilosophie aufzubauen und damit die von ihm mit-etablierte Umweltpolitik wissenschaftstheoretisch zu unterfüttern, scheiterte hingegen.<sup>37</sup> Bei ihrem ‚Marsch durch die Institutionen‘ unterstützten sich die Netzwerker intensiv. So erstellte die FEST 1961 beispielsweise ein Gutachten im Auftrag von Ludwig Raiser, der darum von der Max-Planck-Gesellschaft gebeten worden war, um den von katholischer Seite vorgebrachten Bedenken gegen die Gründung des von Hellmut Becker geleiteten Instituts für Bildungsforschung etwas entgegenzusetzen zu können.<sup>38</sup> Picht gehörte dann dem wissenschaftlichen Beirat des 1963 gegründeten Instituts als dezidiert evangelischer Vertreter an<sup>39</sup> und er stellte Becker sogar personelle Unterstützung beim Institutsaufbau seitens der FEST in Aussicht, um *die Hilfe zu leisten, die legitim ist, und die ich Dir schuldig bin*.<sup>40</sup> Auch Picht griff auf die Vernetzungen zurück: Carl Friedrich von Weizsäcker und Ludwig Raiser verfassten 1976 Gutachten, die Pichts geplantes Zentrum für Naturphilosophie unterstützten.<sup>41</sup>

---

<sup>35</sup> Vgl. hierzu: Traugott Jähnichen, Kirchentage und Akademien. Der Protestantismus auf dem Weg zur Institutionalisierung der Dauerreflexion?, in: Ders. und Norbert Friedrich (Hgg.), Gesellschaftspolitische Neuorientierungen des Protestantismus in der Nachkriegszeit, Münster 2002, 127-144, Zitat 144.

<sup>36</sup> Laudatio von Picht in: Carl Friedrich von Weizsäcker, Bedingungen des Friedens. Mit der Laudatio von Georg Picht anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1963, Göttingen 1963, 33.

<sup>37</sup> Picht hat 1970/71 im Auftrag der Bundesregierung federführend bei der Erstellung eines Gutachtens zum Umweltschutz mitgewirkt. Er trug damit maßgeblich zur Etablierung des Themas Umwelt als eigenständiges Politikressort bei. – Vgl. Peter Menke-Glückert, Das Umweltprogramm der Bundesregierung, in: Ernst von Weizsäcker (Hg.), Humanökologie und Umweltschutz, Stuttgart 1972, 122-134; Georg Picht, Umweltschutz und Politik, in: Ebd., 81-94.

<sup>38</sup> Gutachten zu Hellmut Beckers Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens, BA Koblenz, N 1225, Nr. 250.; Das Institut wurde schließlich 1963 in Berlin gegründet.

<sup>39</sup> Vgl. Rede Becker anlässlich der Einweihung des Neubaus des MPI in Berlin 1974, in: GStAPKB NL Hellmut Becker, Nr. 459.

<sup>40</sup> Schreiben Picht an Becker, 03.06.1963, BA Koblenz, N 1225, Nr. 24.

<sup>41</sup> Pichts Antrag und beide Gutachten in: Personalakte Georg Picht, UA Heidelberg, PA 8463.

Neben der Produktion von Orientierungswissen in Form von Publikationen bot sich in dem herrschaftsarmen Raum eines wissenschaftlichen Instituts die Möglichkeit, über formelle und informelle Kommunikations- und Wirkungskanäle Einfluss auf die Entscheidungsfindung von Kirche, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu nehmen. Georg Picht stand mit der *FEST* als einer von allen evangelischen Landeskirchen getragenen Forschungseinrichtung eine ideale Plattform für frühe Formen einer Politikberatung zur Verfügung, die durch Innovation, Selbstreflexivität, mitunter auch Provokation gekennzeichnet war. Der Gelehrte zog sich nicht in den Elfenbeinturm der Wissenschaften zurück, sondern verstand sich als ‚public intellectual‘.<sup>42</sup> Die Entstehung dieses neuartigen Intellektellentyps hing mit dem von Jürgen Habermas herausgearbeiteten Strukturwandel von Öffentlichkeit zusammen,<sup>43</sup> in dem das politische Geschehen überwiegend massenmedial vermittelt wird.<sup>44</sup> Bereits zu Beginn seines bildungspolitischen Engagements in den 50er Jahren hatte Picht eine Veränderung der Bewusstseinsbildung sowie eine „Mobilisierung der Öffentlichkeit“<sup>45</sup> gefordert, wie er in einem Schreiben an Carl Friedrich von Weizsäcker klarstellt. Die Überzeugung, politische Entscheidungsträger in grundsätzlichen Fragen nicht ohne die Beeinflussung der öffentlichen Meinung bewegen zu können, wurde zu einer entscheidenden Signatur im Wirken des Gelehrten und erklärt dessen Selbstverständnis als Impulsgeber und Lotse einer demokratisch verfassten Öffentlichkeit. Zentrale Voraussetzungen hierfür waren Pichts enge Verbindungen zu einigen Medienmachern, die Fähigkeit des Gelehrten zur journalistischen Zuspitzung, eine thematische Attraktivität sowie eine von Picht fein austarierte Balance zwischen medialer Prominenz und wissenschaftlicher Reputation.

Die von Picht und weiteren Angehörigen des protestantisch-liberalen Reformmilieus ausgehende und geschickt in den Medien platzierte Kritik war nicht vorwiegend destruktiv als „Sand in der Maschine“, sondern kritisch-konstruktiv als „das Salz der Erde“<sup>46</sup> gemeint, wie der Kuratoriumsvorsitzende der *FEST* Ludwig Raiser in einem Beitrag für die Hamburger „Zeit“ ausführte. Damit entsprachen die hier Wirkenden in ihrem Selbstverständnis nicht der von Joseph Schumpeter stammenden, zum Klassiker geronnenen Definition des Intellektuellen, der sich vor allem durch die Abwesenheit direkter Verantwortung auszeichne und die dysfunktionale Rolle des potentiellen Störfaktors im politischen Betrieb einnehme. Vor allem für Georg Picht wurde der Begriff der Verantwortung stattdessen in ihrer grundsätzlichen wie in ihrer praktischen Dimension zu einem Lebensthema,<sup>47</sup> wie insbesondere dessen aus der Position eines Schulleiters hervorgehendes bildungspolitisches Engagement, aber auch dessen friedenspolitische Aktivitäten belegen.

---

<sup>42</sup> Vgl. Stefan Collini, *Absent Minds. Public Intellectuals in Britain*, Oxford 2006.

<sup>43</sup> Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied und Berlin 1962.

<sup>44</sup> Vgl. Nicolai Hannig, *Die Religion der Öffentlichkeit. Kirche, Religion und Medien in der Bundesrepublik 1945-1980*, Göttingen 2010.; Georg Picht, *Die Massenmedien und die Zukunft der Gesellschaft*, in: *Merkur* (3) 1970.

<sup>45</sup> Picht an von Weizsäcker, 22.11.1951, BA Koblenz, N 1225, Nr. 257.

<sup>46</sup> Ludwig Raiser, *Der Wahrheitsanspruch in der Politik. Kritik ist das Salz der Erde und nicht Sand im Getriebe*, *Die Zeit* 16.04.1964.

<sup>47</sup> Vgl. Georg Picht, *Der Begriff der Verantwortung*, in: Kurt Aland und Wilhelm Schneemelcher (Hgg.), *Kirche und Staat. Festschrift für Bischof Kunst*, Berlin 1967.

## Die „Heidelberger Thesen“ und das „Tübinger Memorandum“: Zwei Gründungsmanifeste der Bundesrepublik

Mit der Frühgeschichte der Heidelberger FEST eng verbunden sind zwei Gründungsmanifeste der Bonner Republik. Die Heidelberger Thesen und das Tübinger Memorandum waren Bestandteil des Versuchs, aus einem außerpolitischen Raum der Gesellschaft in den Innenraum der Politik hineinzuwirken. Vorausgegangen war ihnen der Beginn der friedensethischen Diskussion im westdeutschen Protestantismus vor dem Hintergrund der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik sowie des 1957 abgeschlossenen Militärseelsorgevertrags.<sup>48</sup> Hermann Kunst,<sup>49</sup> der nicht nur als Vertreter der EKD bei der Bundesregierung fungierte, sondern auch als Militärbischof tätig war und dessen Name deshalb maßgeblich mit dem Zustandekommen des umstrittenen Militärseelsorgevertrags verbunden ist, initiierte die Einrichtung einer Kommission an der FEST, die sich mit der Analyse der Situation einer Armee im Atomzeitalter befassen sollte.<sup>50</sup> Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker hatte parallel hierzu gemeinsam mit namhaften deutschen Naturwissenschaftlern die Erklärung der „Göttinger 18“ veröffentlicht und darin vor einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik gewarnt. Mit der Erklärung widersprach der Repräsentant des „dissident[e]n] Gegenestablishment[s]“<sup>51</sup> einer Erklärung Konrad Adenauers. Der Kanzler hatte auf einer Pressekonferenz im April 1957 leichtfertig von Atomwaffen als bloße „Weiterentwicklung der Artillerie“ gesprochen.<sup>52</sup> Aufgrund seiner Rolle als Initiator der „Göttinger Erklärung“ sowie seiner engen Beziehung zu Georg Picht wurde Carl Friedrich von Weizsäcker schließlich der erste Vorsitzende der Kommission „Krieg im Atomzeitalter“ an der Heidelberger FEST. Der „Friedensdenker und Atomwaffenphilosoph“<sup>53</sup> leistete auf diesem Weg einen entscheidenden Beitrag dazu, der Gruppe protestantischer Intellektueller ein neues Betätigungsfeld zu eröffnen. 1963 erhielt er für dieses Engagement den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und Georg Picht hielt die Laudatio, weil er, wie er selbst formuliert, mit Carl Friedrich von Weizsäcker vom Kindesalter an befreundet war und dessen Lebensweg begleitet hatte.<sup>54</sup>

Nach insgesamt sieben Sitzungen einigte sich die an der FEST angesiedelte Kommission, der auch Georg Picht angehörte, auf die sogenannte Komplementaritätsthese, die den inhaltlichen Kern der 1959 publizierten „Heidelberger Thesen“

---

<sup>48</sup> Vgl. hierzu: Wolfgang Lienemann, Kernwaffen und die Frage des gerechten Krieges als Problem ökumenischer Friedensethik seit 1945, besonders im Blick auf den Protestantismus in Deutschland, Habilitationsschrift, Heidelberg 1983, v.a. Kapitel 4.1. „Zum Bruch mit der überlieferten Kriegsethik“

<sup>49</sup> Zu Kunst siehe: Kristian Buchna, Diplomat im Lutherrock, in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 2012, 36-54, hier v.a. 51.

<sup>50</sup> Zum Militärseelsorgevertrag vgl. Annelie Cremers, Staat und Evangelische Kirche im Militärseelsorge-Vertrag von 1957, Freiburg 1973; Siehe auch die ausführliche Korrespondenz zwischen Hermann Kunst und dem FEST-Mitarbeiter der ersten Stunde Günther Howe über den Militärseelsorgevertrag, die Frage der atomaren Rüstung und die Göttinger 18, EZA 742/148 und EZA 742/149.

<sup>51</sup> Doering-Manteuffel, Verstrickung und Verdrängung (wie Anm. 4), 285.

<sup>52</sup> Vgl. Robert Lorenz, Protest der Physiker. Die Göttinger Erklärung von 1957, Bielefeld 2011.

<sup>53</sup> Robert Lorenz, Die Göttinger Erklärung von 1957. Gelehrtenprotest in der Ära Adenauer, in: Ders. und Johanna Klatt (Hgg.), Manifeste: Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011, 199-228, hier 215.

<sup>54</sup> Siehe: von Weizsäcker, Bedingungen des Friedens (wie Anm. 36).

bildet.<sup>55</sup> Die Autoren formulierten darin Bedingungen, unter denen gegensätzliche Positionen innerhalb der Kirche noch existieren konnten. Als friedensethischer Minimumkonsens wandten die Thesen die drohende Spaltung des westdeutschen Protestantismus ab<sup>56</sup> und manifestierten gleichzeitig einen Bruch mit den bis dahin geltenden theologischen Begründungen eines „gerechten Krieges“. Im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen sei der Soldat, so Georg Picht, *nicht mehr dazu da, den Krieg zu führen, sondern den Krieg zu verhindern [...], denn gegen die neuen Waffen gibt es keine Verteidigung. Er kann sein Vaterland nur so lange schützen, als er nicht in Funktion zu treten braucht.*<sup>57</sup> Pichts Mitarbeit an den „Heidelberger Thesen“ führte zur dauerhaften Etablierung einer akademischen Friedensforschung an der von ihm geleiteten Forschungsstätte, die sich zunächst in der Einrichtung einer „Kommission zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr“ manifestierte. Die Abrechnung des Gelehrten mit der französischen Strategie der atomaren Abschreckung<sup>58</sup> sowie dessen Überlegungen zur Kriegsdienstverweigerung<sup>59</sup> sind weitere Beispiele für die konkrete politische Intervention des protestantischen Intellektuellen auf dem Gebiet der Friedensforschung.

Das Zustandekommen der „Heidelberger Thesen“ in einer aus Theologen, Naturwissenschaftlern, Juristen, Historikern und Offizieren zusammengesetzten Kommission zeigt, dass die FEST kein klassischer Sachverständigenrat mit expliziter Interessensverankerung war. Die hier vollzogene „Befreundung zwischen Protestantismus und Demokratie“ entstand „nicht primär aus theologischen Quellen.“<sup>60</sup> Fragen der Gegenwart wurden nicht mit der Autorität der Bibel, sondern auf der Grundlage weltlicher Vernunft beantwortet. In diesem Sinne plädierte Picht in einem an der Evangelischen Akademie in Bad Boll gehaltenen Vortrag 1962 für eine Freisetzung und Stärkung der *profanen Vernunft*, denn der *eigentliche Standort* der evangelischen Christen sei *die Welt da draußen*.<sup>61</sup> Zu einem ersten Paukenschlag der „Lobbyisten der Vernunft“<sup>62</sup> geriet das 1961 entstandene „Tübinger Memorandum“, das zu den wichtigsten Gründungsmanifesten der Bundesrepublik zählt.<sup>63</sup> Unter der Devise „Mehr Wahrheit in der Politik“ hatte Picht gemeinsam mit sieben weiteren profilierten evangelischen Laien eine kurze Denkschrift verfasst. Die Liste der Mitwirkenden

<sup>55</sup> Ergebnisse der Kommission dokumentiert in: Günther Howe, Atomzeitalter – Krieg und Frieden, Witten 1959.

<sup>56</sup> Zur Entstehungsgeschichte der Heidelberger Thesen siehe: Ulrich Möller, Im Prozess des Bekennens. Brennpunkte der kirchlichen Atomwaffendiskussion im deutschen Protestantismus 1957-62, Neukirchen 1999, 186-250.

<sup>57</sup> Georg Picht, Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Einführung zur ersten Folge, Witten/Berlin 1965, 21.

<sup>58</sup> Erstmals veröffentlicht im Merkur 1964, wiedergegeben in: Georg Picht und Hans Dieter Müller (Hgg.), Die Force de Frappe. Europas Hoffnung oder Verhängnis?, Freiburg 1964; Siehe außerdem: Georg Picht und Heinz Eduard Tödt, Friedensforschung als Problem für Kirche und Theologie. Einführung in die ‚Studien zur Friedensforschung‘, Stuttgart 1969.

<sup>59</sup> Georg Picht, Der Staat und das Gewissen. Überlegungen zur Entscheidung über die Kriegsdienstverweigerung, in: Evangelische Kommentare 2 (1980); Ders., Wehrpflicht und Verweigerung. Der Staat und das Gewissen seiner Bürger, in: Evangelische Kommentare 3 (1980).

<sup>60</sup> Wolfgang Huber, Protestantismus und Demokratie, in: Ders. (Hg.), Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland, München 1990, 11-36, hier 11.

<sup>61</sup> Manuskript des im November 1962 in Bad Boll gehaltenen Vortrags in: EZA 742 / 154.

<sup>62</sup> Marion Gräfin Dönhoff, Lobbyisten der Vernunft. Das Memorandum der Acht: Eine kritische Bestandsaufnahme der Bonner Politik, Die Zeit vom 02.03.1962.

<sup>63</sup> Vgl. Martin Greschat, ‚Mehr Wahrheit in der Politik‘. Das Tübinger Memorandum von 1961, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), 391-445.

offenbart, dass es sich nicht um eine zufällige und voraussetzungslose Zusammenkunft handelte, sondern diese auf bereits bestehenden Vernetzungen beruhte. Vier der acht Unterzeichner waren eng mit der Heidelberger FEST verbunden: Neben dem Leiter der Forschungsstätte Georg Picht und dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Günther Howe setzten auch die Angehörigen des Kuratoriums Ludwig Raiser sowie Carl Friedrich von Weizsäcker ihre Namen unter das Dokument. Zu den weiteren Unterzeichnern gehört der Physik-Nobelpreisträger und Mit-Initiator der „Göttinger Erklärung“ Werner Heisenberg sowie die mit Picht eng verbundenen prominenten evangelischen Laien Hellmut Becker und Klaus von Bismarck. Hinzu kam der Präses der Rheinischen Landeskirche und einzige Theologe Joachim Beckmann. Alle Unterzeichner einte ihr Engagement an verschiedenen Stellen in der Evangelischen Kirche und sie vertraten die *gemeinsame Überzeugung, dass christliche Gemeinde und politisches Gemeinwesen uns nicht einfach als überzeitlicher Institutionen gegeben sind, sondern [...] nur genauso viel darzustellen vermögen wie ihre Gläubigen und Bürger ihnen zubringen an Mitarbeit und Mitverantwortung.*<sup>64</sup> Im Duktus der großen europäischen Intellektuellenmanifeste suchten sie den Zugriff auf die ganze Gesellschaft, indem sie scharfe Kritik an den politisch Verantwortlichen übten und die Notwendigkeit von Reformen auch gegen die Bequemlichkeit der Zeitgenossen einforderten.

Obwohl die Verfasser des Memorandums mit der Außen- und Rüstungspolitik, dem Bevölkerungsschutz und der Sozial- und Bildungspolitik insgesamt fünf Themenfelder ansprachen, konzentrierte sich die öffentliche Debatte auf deren Kritik am offiziellen deutschlandpolitischen Kurs der Bundesregierung. Die Unterzeichner hatten das Ziel der Wiederherstellung eines einigen Deutschlands in den Grenzen von 1937 einen „bedenklichen Weg“ genannt. Das „Tübinger Memorandum“ war deshalb zugleich Tabubruch und Denkanstoß und führte in einer zentralen Frage der damaligen Gegenwart innerhalb der Evangelischen Kirche zu einer neuen politischen Standortbestimmung. Deren Ostdenkschrift von 1965, die ohne den von den Unterzeichnern des „Tübinger Memorandums“ wenige Jahre zuvor bekundeten Mut zur Wahrheit wohl nicht so schnell zustande gekommen wäre, trug erheblich zur gesellschaftlichen Akzeptanz der neuen Ostpolitik der ab 1969 amtierenden sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt bei, die Egon Bahr bereits 1963 in einer an der Evangelischen Akademie Tutzing gehaltenen Rede auf die berühmte Formel „Wandel durch Annäherung“ gebracht hatte.<sup>65</sup>

## Picht und „Die deutsche Bildungskatastrophe“

Eine der fünf zentralen Forderungen des „Tübinger Memorandums“ bezog sich auf eine *durchgreifende Schulreform*, um die Begabungsreserven der Bundesrepublik zu aktivieren. Dass die Gruppe um Picht die Bildungspolitik zu einem zentralen Aktions-

---

<sup>64</sup> Ludwig Raiser, Der Wahrheitsanspruch in der Politik. Zu den Angriffen auf das Memorandum der Acht, Die Zeit 20.04.1962.

<sup>65</sup> Vgl. hierzu: Lisa Rohwedder, Manifeste als Tabubruch und Diskussionsanstoß. Tübinger Memorandum und Ostdenkschrift, in: Robert Lorenz und Johanna Klatt (Hgg.), Manifeste: Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011, 229-254.

feld machte, war auch der historischen Situation geschuldet. Insbesondere die Schulpolitik blieb bis in die 60er Jahre hinein konfessionell aufgeladen. In vielen Teilen der Bundesrepublik war es nach 1945 zur Einrichtung von konfessionell gegliederten Volksschulen gekommen, die aufgrund der Auflösung einer ehemals bestehenden konfessionellen Homogenität oftmals nur Zwergschulcharakter hatten und einer Modernisierung des Bildungssystems im Wege standen.<sup>66</sup> Vor allem Vertreter der katholischen Kirche wehrten sich gegen die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen und stützten sich hierbei auf das Elternrecht,<sup>67</sup> aber auch die meisten evangelischen Landeskirchen hatten nach Kriegsende am Prinzip der weltanschaulichen Prägung im Volksschulbereich zunächst zäh festgehalten. Das Schulwort der Synode von Weibensee 1958 markierte schließlich einen Wendepunkt in der innerevangelischen Bildungs- und Erziehungsdebatte. Mit dem Kernsatz „Die Kirche ist zu einem freien Dienst an einer freien Schule bereit“ erteilten die Verantwortlichen dem bis dahin erhobenen Anspruch auf weltanschauliche Homogenität eine klare Absage.<sup>68</sup>

Picht trat vehement für eine Abkehr vom Prinzip weltanschaulicher Geschlossenheit im Volksschulbereich ein. Er erkannte, dass das Konfessionsprinzip sich im Bildungsbereich als hinderliches Organisationsprinzip einer modernen Gesellschaft erwies. Der protestantische Intellektuelle befürwortete zwar eine christliche Verantwortung für Bildung, lehnte eine dezidiert christliche Bildung jedoch ab: *Wir können uns fragen, wie sich christliche Verantwortung im Bereich dieser weltlichen Bildung manifestiert, aber wir können nicht aufrechterhalten, eine Bildung [...], die sich die Probleme und Gehalte der säkularisierten Weltzivilisation zu eigen macht, sei wie vor alters eine christliche Bildung.*<sup>69</sup> In der konfessionellen Einflussnahme sah er deshalb einen *theologischen Sündenfall, der darin besteht, dass man mit den Machtmitteln eines durch und durch säkularisierten Staates durch eine staatliche Einrichtung ein geistliches Anliegen verwirklichen will.*<sup>70</sup> Vor allem die Vertreter des institutionalisierten Mehrheitskatholizismus hielten jedoch bis in die Mitte der 60er Jahre vehement an der Bekenntnisschule fest und gerieten deshalb zunehmend in das Kreuzfeuer der Kritik. Das ‚katholische Mädchen vom Land‘ wurde zum Synonym für die behauptete Bildungsrückständigkeit einer ganzen Bevölkerungsgruppe, sodass die Illustrierte „Stern“ 1963 fragte: *Sind Katholiken dümmer?*<sup>71</sup> Picht befürchtete, dass restaurative Kräfte im Katholizismus gerade im Bereich der Bildungspolitik weiteren Auftrieb erhalten könnten und setzte sich für ein evangelisches Dagegenhalten ein. Für ihn war die Neugestaltung des Bildungssystems *das Feld, auf dem das Handeln*

---

<sup>66</sup> Der „Deutsche Ausschuss“ hatte das Thema ‚Konfessionsschule‘ noch bewußt ausgeklammert. Picht äußerte sich in einem Schreiben an seinen Ausschusskollegen Bohnenkamp, dies wäre taktisch unklug. Siehe Schreiben Picht an Bohnenkamp vom 12.03.1954, BA Koblenz, N 1225, Nr. 258.

<sup>67</sup> Eine zeitgenössische Kritik aus katholischer Sicht in: Karl Erlinghagen, *Katholisches Bildungsdefizit in Deutschland*, Freiburg im Breisgau 1965.

<sup>68</sup> Ein Wort zur Schulfrage, in: *Kirchliches Jahrbuch für die Evangelischen Kirchen 1958*, Gütersloh 1959, 85-87, hier 86.

<sup>69</sup> Georg Picht, *Der Bildungshorizont des 20. Jahrhunderts*, in: *Katechetische Blätter. Zeitschrift für katholische Religionspädagogik und Jugendseelsorge* 11 (1964), 481-494, hier 493.

<sup>70</sup> Georg Picht, *Grundprobleme der Schulreform*, in: Hermann Röhrs (Hg.), *Theorie der Schule. Versuch einer Grundlegung*, Frankfurt a.M. 1968, 291-313, hier 297. [Rede, gehalten in Hamburg am 9.11.1961]

<sup>71</sup> Jürgen von Kornatzky, *Sind Katholiken dümmer?*, Stern vom 10.11.1963, 127ff.

oder auch die Versäumnisse der Kirchen am unmittelbarsten in die Politik übergreifen.<sup>72</sup>

Die im Februar 1964 in der konservativen Wochenzeitschrift „Christ und Welt“ erschienene Artikelserie „Die deutsche Bildungskatastrophe“ bildete schließlich den Höhepunkt des bildungspolitischen Engagements von Georg Picht.<sup>73</sup> Sie traf die bundesdeutsche Öffentlichkeit wie ein Blitz und wurde zu einem Medienereignis weit über die Grenzen des bildungsbürgerlichen Feuilletons hinaus,<sup>74</sup> weil es dem Gelehrten gelungen war, „hermeneutische Brücken“<sup>75</sup> zu spannen zwischen „der Wissenschaftswelt des Experten und der Lebenswelt des Bürgers.“<sup>76</sup> Die apokalyptische Beschwörung eines Notstands versetzte die bundesdeutsche Öffentlichkeit in einen Alarmzustand und erhöhte den bildungspolitischen Handlungsdruck in einer Weise, die mit dem Pisa-Schock des vergangenen Jahrzehnts vergleichbar ist. Pichts Engagement auf dem Feld der Bildungspolitik oszillierte zwischen den Polen ‚Katastrophendiskurs‘ und ‚Bildungsplanung‘. Kritiker warfen ihm einerseits vor, er beschwöre einen Bildungsnotstand, der nur zu Notmaßnahmen führe und eine langfristig angelegte Gesamtplanung verhindere. Die langjährige Mitarbeit des Gelehrten im „Deutschen Ausschuss für das Bildungs- und Erziehungswesen“ und sein Einsatz für die Gründung des von Hellmut Becker geleiteten Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung lieferten jedoch andererseits entscheidende Impulse für eine Modernisierung und Professionalisierung der bundesdeutschen Bildungspolitik sowie für die Begründung einer auf empirischen Grundlagen stehenden Bildungsplanung. Der Beitrag Georg Pichts zu den Bildungsreformen beschränkte sich deshalb keineswegs auf eine reaktive Haltung zu politischen Entscheidungs- und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, sondern offenbart, wie die Reformimpulse eines kritischen Intellektuellen institutionelle Formen annahmen.

Die Entstehungsgeschichte der „Bildungskatastrophe“ ist weniger die Intervention eines einzelnen Gelehrten als vielmehr ein weiteres Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der „Protestantischen Mafia“. Vorausgegangen war ihr ein publizistischer Beitrag zur Bildungsmisere, der keineswegs zufällig in den Lutherischen Monatsheften erschienen war.<sup>77</sup> Picht wollte sich bei den evangelischen Kräften innerhalb des konservativen politischen Lagers Gehör verschaffen. Dies wirke *bei der CDU und vor allem bei der CSU als ein Einbruch in die rückwärtigen Linien*, denn die evangelischen Pfarrer seien ja immer noch gute Multiplikatoren und der Beitrag würde deshalb eher zur Kenntnis genommen als ein Aufsatz in der Hamburger „Zeit“.<sup>78</sup> Die „Bildungskatastrophe“ hatte er im Vorfeld mit Hellmut Becker bespro-

---

<sup>72</sup> Georg Picht, Die Krise der Kulturpolitik und die Aufgabe der Kirche, Lutherische Monatshefte (1963), 456-468, hier 465.

<sup>73</sup> Vgl. Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg 1964, 16-87.

<sup>74</sup> Jeweils unmittelbar nach dem Erscheinen der insgesamt vier Artikel griff die Bild-Zeitung das Thema auf, fasste die wichtigsten Forderungen für ihre Leser zusammen und erhöhte somit die publizistische Durchschlagkraft von Pichts Aussagen erheblich. Vgl. Schreiben Bild-Redaktion an Picht vom 31.03.1964, BA Koblenz, N 1225, 217.

<sup>75</sup> K. Joachim Schmidt-Tiedemann, Experten und Bürger. Über die Teilung der Verantwortung für Technikfolgen, in: Max Kerner (Hg.), Aufstand der Laien. Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt, Aachen 1996, 27-43, hier 32.

<sup>76</sup> Ebd. 31.

<sup>77</sup> Siehe: Picht, Krise der Kulturpolitik (wie Anm. 72), 456-468.

<sup>78</sup> Schreiben Picht an Prof. Dr. Gerhard Hess, Bad Godesberg, 29.10.1963, BA Koblenz, N 1225, Nr. 27.

chen, der im gleichen Jahr zum Gründungsrektor des in Berlin ansässigen Instituts für Bildungsforschung in der Max Planck-Gesellschaft berufen worden war. Auch der Kuratoriumsvorsitzender der *FEST* Ludwig Raiser und der Repräsentant der EKD bei der Bundesregierung, Prälat Hermann Kunst, waren eingeweiht.<sup>79</sup> Letzterer hatte Pichts Beitrag in den Lutherischen Monatsheften zur Grundlage eines Hintergrundgesprächs mit dem neu gewählten Kanzler Ludwig Erhardt gemacht, der einzelne Formulierungen sogar in seiner ersten Regierungserklärung gebrauchte.<sup>80</sup>

## Schlussbetrachtung

Die gelungene Einspeisung zentraler Ideen zur Bildungsreform in eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers markierte einen vorläufigen Höhepunkt von Georg Pichts Bemühen, dem sich konstituierenden Gemeinwesen ‚Bonner Republik‘ eine intellektuell begründete Richtung zu geben. Mit der wenige Monate darauf veröffentlichten Artikelserie *Die deutsche Bildungskatastrophe* wurde der Gelehrte endgültig zu einem ‚öffentlichen Intellektuellen‘. Sie sichert ihm einen festen Platz in der Geschichte der alten Bundesrepublik und versinnbildlicht die Abkehr des deutschen Bildungsbürgers vom „unpolitischen Idealismus“ zugunsten eines „Gestus der kritischen Einmischung“ mit dem Ziel einer aktiven Mitgestaltung der politischen Wirklichkeit. Pichts Erfolg beruht maßgeblich auf seiner Einbindung in ein Intellektuellennetzwerk, dessen Mitstreiter bewußt angenommene evangelische Traditionen ebenso wie eine liberale Geisteshaltung repräsentierten, die im westdeutschen Protestantismus der Nachkriegszeit keineswegs selbstverständlich war. Ihr Engagement für Reformen offenbart die wechselseitige Verschränkung von Politik und Religion, die in einer Phase des Um- beziehungsweise Aufbruchs für beide Seiten ertragreich war. Anhand der von der protestantisch-liberalen Elitenbewegung um 1960 ausgehenden Reformimpulse zeigt sich ferner, dass in die Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik neben normativen politisch-rechtlichen Regelungen auch kulturell-ideelle Prägungen einzubeziehen sind, denn interessenorientierte Ansätze sind für politische Problemlösungen ebenso wichtig wie handlungsleitende Deutungsmuster.<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Vgl. Schreiben Picht an Giselher Wirsing vom 10.12.1963, BA Koblenz, N 1225, Nr. 25.

<sup>80</sup> Erhardt formulierte, die Bildungsfrage sei im 20. Jahrhundert von ähnlich zentraler Bedeutung wie die soziale Frage für das 19. Jahrhundert. Diese Analogie war von Prälat Kunst erstmals auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar 1960 gebraucht worden und wurde von Picht in seinem Beitrag für die Lutherischen Monatshefte aufgegriffen. Über das Hintergrundgespräch zwischen Erhardt und Kunst auf der Basis von Pichts Artikel gelangte sie schließlich in die Regierungserklärung und wurde in einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag nochmals aufgegriffen. Vgl. Schreiben Picht an Becker vom 23.10.1963, BA Koblenz, N 1225, Nr. 24; Korrespondenz zwischen Kunst und Picht in EZA 742/154; Fritz Erler, Große Anfrage der SPD betr. Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Aufgaben der Bildungspolitik, Bundesdrucksache IV/1829.

<sup>81</sup> Vgl. Dietmar Braun, Der Einfluss von Ideen und Überzeugungssystemen auf die politische Problemlösung, in: *PVS* 39 (1998), 797-818.